

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

ersch. wöchentlich zweimal, Dinstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 65.

Dienstag, den 16. August

1887.

Bekanntmachung,

die Abwehr und Unterdrückung der Reblaus-Krankheit betreffend.

Die in Gemäßheit von § 3 der Verordnung vom 20. Mai 1884 zu Ausführung des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1883, die Abwehr und Unterdrückung der Reblaus-Krankheit betreffend, bestellten Beobachtungscommissionen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die §§ 4 und 7 der Verordnung vom 20. Mai 1884 durch Verordnung vom 30. Juli 1887 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 107) in einigen Punkten abgeändert worden sind, und daß hiernach die Beobachtungscommissionen künftig mindestens Ein Mal im Jahre, und zwar in den für die Beobachtung geeigneten Monaten Juli oder August, alle Reblausplanzungen der ihnen zugewiesenen Ortschaften gemeinschaftlich mit dem vom königlichen Ministerium des Innern für jeden einzelnen Aufsichtsbezirk bestellten Sachverständigen eingehend zu besichtigen, sowie auch eintretenden Falles bei dem Desinfectionsverfahren mitzuwirken haben werden.

Als Sachverständige sind für den III., die weinbautreibenden Ortschaften der Amtshauptmannschaft Meißen links der Elbe mit umfassendem Aufsichtsbezirk

Herr Endler, Director der Landwirtschaftlichen Schule zu Meißen,

und für den IV., nur die weinbautreibenden Ortschaften der Amtshauptmannschaft Meißen rechts der Elbe umfassenden Aufsichtsbezirk

Herr Weinbergbesitzer W. Müller zu Meißen,

von dem königl. Ministerium des Innern bestellt worden.

Meißen, am 10. August 1887.

Königliche Amtshauptmannschaft.

von Kirchbach.

Tagesgeschichte.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ enthält an der Spitze des Blattes aus Anlaß der Ankunft Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm folgende Begrüßung: Kaiser Wilhelm ist heute Vormittag von seiner diesjährigen Sommerreise im besten Wohlbefinden wieder auf Schloß Wabelsberg eingetroffen. Wir Bewohner der Reichshauptstadt, und mit uns die ganze deutsche Nation, heißen den heimgekehrten kaiserlichen Herrn von Herzen willkommen, während tausend und aber tausend Dankgebete zum Himmel steigen, der Leben und Gesundheit des allverehrten Herrschers auch diesmal gnädig behütete und ihn neugekräftigt und erfrischt seinem Volke zurückgab. Die Wünsche, welche den greisen Monarchen geleiteten, als er am 5. Juli die Fahrt antrat, zunächst nach Gms, dann weiter nach Koblenz, dann nach der von wäldlichem Reiz umwobenen Insel Mainau, bis zum längeren Aufenthalte an den heilkräftigen Wässern des Alpenwildbades Gastein, sie sind im höchsten Maße erfüllt worden; es war unserem Kaiser, wohin er auch seinen Fuß setzte, vergönnt, sich zu erfreuen in Kreise seiner hohen fürstlichen Verwandten und Freunde, entgegenzunehmen den Zoll der Huldigungen, in dessen Darbringung der West- mit dem Süden und Südosten wetteiferte. Seit heute nun weilt der Kaiser wieder an altvertrauter Stätte, bis ihn, in nicht allzu langer Frist, ernste Herrscherpflichten auf's Neue von dannen rufen werden in die östlichen Provinzen der Monarchie.

Berlin, 13. August. Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Eine überraschende Nachricht geht uns kurz vor Schluß der Redaktion zu: Die Gründung einer deutschen Spiritusmonopolbank. Wie wir hören, beabsichtigt ein Finanzconsortium, geführt von einem hiesigen großen Bankmann und unterstützt von hervorragenden Mitgliedern der agrarischen Partei, die Gründung einer Actiengesellschaft mit 30 Millionen Mark Kapital, welche mit sämtlichen kontingentierten Kartoffelbrennereien Kontrakte abschließen würden, wonach sie denselben den von ihnen bereitgestellten Rohspiritus unter folgenden Bedingungen abkaufen: 1. das mit 50 M. Konsumabgabe belastete Quantum wird für 70 M. pro Hektoliter übernommen; 2. für das mit 70 M. Abgabe belastete Quantum werden 50 M. pro Hektoliter gezahlt. In beiden Fällen zahlt also die Gesellschaft 120 M. pro Hektoliter. Ferner übernimmt die Gesellschaft den darüber hinaus produzierten und also für den Export bestimmten Spiritus von den Brennereien in Kommission und zahlt nach erfolgtem Verkauf desselben den nach Abzug ihrer Kosten und Kommissionsgebühren verbleibenden Ertrag. Man nimmt auf den Beitritt von $\frac{1}{10}$ der kontingentierten Kartoffelbrennereien, welche $\frac{1}{10}$ der gesamten deutschen Produktion repräsentieren. Die Actiengesellschaft beabsichtigt nicht den eigenen Betrieb der Raffinerie, sie wird vielmehr mit den Raffinerien Kontrakte abschließen, wonach dieselben den Transport des Rohspiritus aus den Brennereien, die Hergabe der Fässer, die Raffinierung selbst u. dergleichen feste Vergütung übernehmen. Die Verbrauchsabgabe auf den inländischen Konsum entrichtet die Gesellschaft und nimmt die für den Export bleibende Waare auf steuerfreies Lager. Der Vertrieb nach dem Auslande bleibt ihr überlassen, ebenso die Festsetzung des Preises für den inländischen Konsumbranntwein. Der Regierung soll eine dauerhafte Einflußnahme auf die Verwaltung eingeräumt werden, wogegen auch ihre Mitwirkung zur Realisirung des Projektes, z. B. durch die l. Seehandlungs-Sozietät in Anspruch genommen wird. Die Vorteile, welche dem Brennereigewerbe aus dieser Kombination erwachsen, sind so bedeutend, daß die Unternehmer der neuen Gesellschaft den Beitritt sämtlicher Brennereibesitzer als selbstverständlich erachten, besonders wenn durch die l. Seehandlung dem Vorurtheil agrarischer Kreise gegenüber dem sogenannten Kapitalismus die Spitze abgebrochen wird. Die l. Seehandlung würden durch das Unternehmen die Spiritusgroßhändler. Die Leiter unserer Sozialdemokratie sind bekanntlich von jeder reaktionären Feinde Rußlands gewesen und haben es umgekehrt mit Frankreich gehalten. Namentlich Wilhelm Liebknecht hat in Wort und Schrift gegen Rußland gewüthet, und zum Theil aus Haß gegen Rußland namentlich die Sozialdemokraten für den Nord-Ostsee-Kanal. Nun haben bekanntlich die Franzosen den todtten Katoff ungemein gefeiert, überhaupt eine große Vorliebe bei allen Anlässen für Rußland gezeigt. Darüber

sind unsere Sozialdemokraten auf's Aeußerste erbittert, und namentlich Liebknecht speiet Feuer und Flamme. Im „Berliner Volksblatt“, schreibt Liebknecht — denn kein Anderer ist der Verfasser des betreffenden Artikels: „Wenn das französische Volk sich in albernem Revanchepolitik mit dem Todfeind der Freiheit, mit dem asiatischen Würger im Osten verbindet, dann hört jede Sympathie für diesen Staat auf. Er ist nichts weiter denn als der Freund der Despotie. Und danach würden auch die deutschen Arbeiter Stellung nehmen.“ Es heißt auch, daß von Seiten der deutschen Sozialisten die französischen Sozialisten ersucht worden sind, endlich ein Mal Protest gegen die an der Seine planmäßig betriebene Verherrlichung Rußlands und seiner panslawistischen Bestrebungen einzulegen. Die französischen Sozialisten sollen auch entschlossen sein, dies zu thun.

Die anarchistische Agitation in Deutschland soll in der letzten Zeit wieder rührig gewesen sein. Einen der anarchistischen Gesellen scheint jetzt die Polizei im Badenschen ergriffen und damit einen guten Fang gemacht zu haben. Ein Handwerker traf auf einer Landstraße im Badenschen zwei Handwerksgejellen; er sah die Pässe nach und fand bei dem einen Gesellen ein anarchistisches Flugblatt. Gefragt, wo er dasselbe her habe, erklärte der Inquirirte, daß ihm sein Reisegefährte dasselbe gegeben. Beide wurden nun zur Polizei gebracht, und bei einer genauen Visitation entdeckte man bei dem Verdächtigen, wohl verpackt, einen ganzen Stoß (ca. 2000) anarchistischer Flugblätter. Der eine Handwerksgejelle, der sich als harmlos herausstellte, wurde entlassen, der andere natürlich in Haft abgeführt. Die Reichsbehörden sind von diesem Fang unterrichtet worden.

Wenn man bisher schon in den Berliner maßgebenden Kreisen dem Koburger gegenüber die größte Zurückhaltung beobachtet hat, so ist das erst recht der Fall, seit der Prinz den verzweifelten Schritt gewagt hat, sich jetzt noch in die Mitte seiner „getreuen“ Bulgaren zu begeben. Namentlich wie an Wiener amtlichen Stellen, wird auch in Berlin maßgebenderseits betont, daß der Prinz durchaus auf eigene Hand operire, daß er Niemanden hinter sich habe, als die Regentenschaft und sein gutes Glück, und daß die Folgen des Unternehmens auf ihn allein fallen werden. Diese, wie es scheint, einmüthige Auffassung der Mächte verspricht zwar dem Prinzen Ferdinand nichts Gutes, sie enthält aber insofern eine gewisse Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens, als neue Verwickelungen in Bulgarien nicht wie im vorigen Jahre mit gereizten Meinungsverschiedenheiten der Kabinette sich komplizieren werden. Selbst in Petersburg scheint man sich nach der neuesten Kundgebung des „Journal de St. Petersburg“ für die Parole des Awaiting entschieden zu haben. Allerdings ist der Koburger vom Jaren in keiner Weise ermuntert worden, aber die Formen, in die der Widerspruch der russischen Machtgeber gekleidet wird, sind doch nicht entfernt so schroff gewesen, wie diejenigen, an welchen der Battenberger Schiffbruch litt, und wenn der neue Fürst den russischen Ansprüchen genügend entgegenkommt, so kann es schon sein, daß man in Petersburg zeitweilig ein Auge zudrückt. Hier aber ist zugleich das unläsliche Dilemma angedeutet, in welches der Prinz sich begiebt. Die Herzen der Bulgaren werden dem jungen Fürsten nur dann entgegenschlagen, wenn er die Wege des vielgeliebten Fürsten Alexander wandelt. Die Militärpartei, mit dem Obersten Nicolajeff an der Spitze, wartet nur förmlich auf den Augenblick, wo Prinz Ferdinand sich in dieser Beziehung die erste Blöße giebt. Sie wird sich dann unfehlbar in die Lücke hineinzu drängen wissen, mit dem Battenberger oder ohne ihn, jedenfalls aber für ihn und seinen Namen. Die Einigkeit der leitenden Personen in Sofia ist leider nicht mehr die alte ungeborene, welche Bulgarien sein bewunderungswürdiges Aussehen in unerhörten Schicksalsschlägen verdankte. Von diesem Punkt aus drohen die nächsten und größten Gefahren. Es ist selbstverständlich, daß man den Dingen für's Erste nur beobachtend folgen kann; die Diplomatie hat für einige Augenblicke Ruhe, sie muß abwarten, welche und wieviel Arbeit ihr die Bulgaren geben werden. Immerhin darf schon jetzt als etwas unumstößlich Gegebenes betrachtet werden, daß der prinzipielle Standpunkt der deutschen Politik heute genau derselbe, wie in allen bisherigen Stadien der bulgarischen Angelegenheit ist. Die bekannte Reichstagsrede des Fürsten Bismarck vom Januar d. J. hat die leitenden Grund-